



Rendezvous von Nord und Süd

Ein Blick auf die US-amerikanisch-brasilianischen Beziehungen

Britta Joerißen und Jochen Steinhilber

Vom siebten Himmel...

Na, da stimmt ja mal wieder alles: Obama offenbart Lula seine Liebe, gesteht vor versammelter Mannschaft am Rande des G20-Gipfels in London „*I love this guy, he is the most popular President in the World*“, und Lula, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf verweist, Gott sei Brazilianer, erwidert mit großzügiger Geste „Obama ist einer von uns; würde man ihn in Bahia treffen, würde man denken, er sei Bahianer; träfe man ihn in Rio, könnte man denken, er sei Carioca“. Gefestigt wird das noch junge Glück durch gegenseitige Telefonate und persönliche Treffen. Schon im März wird Lula – als erster lateinamerikanischer und als dritter Staatsoberhaupt überhaupt – von Obama im Weißen Haus empfangen: Sie kündigen an, in Zukunft stärker zusammen arbeiten zu wollen, um die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zu überwinden, um eine Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen voranzubringen, um die gemeinsame Entwicklungskooperation in Afrika zu erneuern und – last but not least – eine Energiepartnerschaft auf

den Weg zu bringen.

Mit Blick auf Lateinamerika ist Brasilien der natürliche strategische Partner für die USA. Das Land mit der fünftgrößten Bevölkerung und der neuntgrößten Volkswirtschaft der Welt ist zwar nicht offizieller Sprecher seiner zahlreichen Nachbarn, hat aber in den letzten Jahren seine Führungsrolle auf dem Subkontinent stetig ausgebaut. Seine Ökonomie entwickelt sich stabil und scheint auch relativ krisenresistent zu sein, es verfügt über ein ausstrahlungsfähiges sozioökonomisches Modell und liegt mit keinem Land in einem schwerwiegenden Konflikt. Im Gegenteil: Brasilien wird mehr und mehr als Konfliktlöser akzeptiert, übernimmt, wie etwa in Haiti, internationale Verantwortung, und auch seine stärksten Rivalen, Argentinien und Venezuela, haben in den letzten Jahren deutlich an Boden verloren und sind in die regionalen Strukturen eingebunden.

Aber auch über die Region hinaus, im Vergleich mit den anderen großen Schwellenländern im BRIC-Verbund kann sich Brasilien als Partner empfehlen: Im Unterschied zu Russland, Indien und China sieht sich Brasilien keinen separatistischen Bestrebungen ausgesetzt, ist relativ unempfindlich gegenüber nationalistischen Aufwallungen und ist – bislang jedenfalls – nicht im Besitz der Atom-bombe. Anders als Russland und China verfügt es über eine entwickelte Demokratie mit einer aktiven Zivilgesellschaft, die an den politischen Prozessen beteiligt wird. Der künftige Botschafter der USA in Brasilien, Thomas Shannon, brachte es bei seiner Antrittsrede vor dem amerikanischen Senat auf den Punkt: „*Brazil is the kind of partner we want to have.*“ Für Brasilien wiederum sind gute Beziehungen zu den USA essentiell, sowohl mit Blick auf deren handelspolitische als auch geopolitische Bedeutung. Denn bei aller Liebe zu den in den letzten Jahren gepflegten Süd-Süd-Beziehungen: Der Weg zu größerem globalen Einfluss Brasiliens wird auch über die USA führen.

Zugleich kann der Honeymoon von Obama und Lula jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern mit Blick auf ihr Potenzial nur schwach entwickelt sind, dass es in zentralen politischen und ökonomischen Fragen deutliche Interessenunterschiede gibt und dass schließlich das Verhältnis zwischen Brasiliens Anspruch auf regionale Führung und dem Ausbau der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht immer einfach auszubalancieren ist.

...zurück auf den Boden der Tatsachen

Zwar kann Obama als Person und mit seinem im Vergleich zum Vorgänger deutlich offeneren, an gegenseitigem Austausch interessierten und auf multilaterale Lösungen bedachten Politikstil den USA ein besseres Ansehen in Lateinamerika verschaffen, doch so Einiges ist unter Bush Junior kaputt gegangen, das erst einmal repariert werden will.

Das politische Umfeld, auf das Obama in Lateinamerika trifft, hat nichts mehr gemein mit der Situation, die Bush vor acht Jahren vorfand. „*Change*“, das mittlerweile berühmteste Schlüsselwort von Obamas Wahlkam-

pagne, trifft voll und ganz auch auf den Subkontinent zu: Eine stattliche Anzahl von Linksregierungen jeglicher Couleur haben das Regierungsruder übernommen. Auch gab es – auf der Suche nach einer eigenen Identität – in den vergangenen Jahren eine regelrechte Proliferation regionaler und subregionaler Initiativen, verbunden mit der Neugründung von Institutionen, an denen die USA explizit nicht beteiligt wurden, wie etwa der Union südamerikanischer Staaten (*UNASUL*), der Bank des Südens (*Banco do Sul*) oder auch des südamerikanischen Verteidigungsrates (s. BRASILINFO September 2008), und in denen sich zugleich der Wille der südamerikanischen Länder nach mehr Unabhängigkeit vom „großen Bruder“ USA ausdrückt. Neue Akteure wie Russland und China knüpften engere wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den Ländern der Region. Auch Brasilien profitierte insbesondere vom großen Hunger Chinas nach Eisenerz und Soja, das erstmals seit 80 Jahren die Vereinigten Staaten als größten Handelspartner Brasiliens ablöste. Mit dem Hinterhof alter Tage hat Lateinamerika heute nichts mehr zu tun. Zwar wirtschaftlich nach wie vor eng mit den USA verflochten, hat die US-Regierung heute weder das politische Gewicht noch die strategische Bedeutung, die es über weite Strecken des 19. und 20. Jahrhunderts in Lateinamerika hatte.

Der politischen Emanzipation Lateinamerikas kam auch das Desinteresse der USA entgegen, die, aufgerieben in anderen Regionen der Welt, nur wenig ausstrahlungskräftige außenpolitische Ideen für eine engere Partnerschaft mit seinen Nachbarn formulierten. Im Gegenteil: Das strategische Triumvirat aus Demokratieförderung, Marktliberalisierung und Drogenbekämpfung zieht nicht mehr und vertiefte die Spaltung zwischen den USA und Lateinamerika (Julia Sweig: *The Hemispheric Divide*, in: *National Interest*, März, 2009). Durch die Regime-Change-Doktrin hat die US-Regierung an Glaubwürdigkeit verloren und sich von seinen lateinamerikanischen Nachbarn entfremdet. Der Versuch, Freihandel als Allheilmittel zu präsentieren, ist von der Niederlage der ALCA (*Área de Livre Comércio das Américas*, Amerikanische Freihandelszone) bis hin zur gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise gescheitert. Und ange-

sichts von Kokainschwemme, Waffenhandel und Gewalt hat auch die mittelintensivste und massivste Intervention der USA in Ländern Lateinamerikas, der sogenannte „war on drugs“, offensichtlich nicht zum gewünschten Erfolg geführt.

Mit Obama jedoch soll nun eine neue Ära beginnen, und ein Anfang wurde auf dem Fünften Amerikagipfel versucht, der vom 17.-19. April diesen Jahres in Port of Spain, Trinidad und Tobago stattfand. Bereits im Vorfeld seiner Lateinamerikareise hatte Obama mit einem offenen Brief für gute Stimmung gesorgt. „*We can work as partners*“ hatte er ihn überschrieben und warb darin für eine verstärkte Kooperation in den Bereichen der Sicherheitspolitik, der Armutsbekämpfung und Energiesicherheit sowie des Klimaschutzes. Und Taten ließ er auch folgen: Für den Großteil der lateinamerikanischen Länder (auch für Brasilien) ist ein Ende des Freund-Feind-Denkens und der Dämonisierung der Regierungen in Bolivien, Venezuela und insbesondere Kubas Voraussetzung für einen neuen Dialog. Wie bereits im Wahlkampf versprochen, machte Obama einige – zugegebenermaßen relativ leicht zu wagende – Zugeständnisse, indem er die Reisebeschränkungen für Exilkubaner aufhob, erlaubte, dass diese künftig ihren Verwandten auf Kuba Geld schicken können und einen freien Fluss politischer Informationen für Kubaner zusagte. Dies wurde von seinen lateinamerikanischen Kolleginnen und Kollegen zwar als unzureichend beklagt, die u. a. die Wiederaufnahme Kubas in die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) forderten, doch auch sie mussten zugeben, dass sich die USA immerhin in die richtige Richtung bewegten. Und da fiel es selbst dem venezuelanischen Staatschef Hugo Chávez nicht schwer, Präsident Obama Galeanos Klassiker über die Ausbeutung des lateinamerikanischen Kontinents „Die offenen Adern Lateinamerikas“ mit dem Wunsch zu überreichen „*I want to be your friend!*“. Zugleich verweigerten die ALBA-Staaten jedoch die Zustimmung zu einer gemeinsamen Abschlusserklärung, die aus ihrer Sicht ein zu starke Kritik an der kubanischen Regierung formulierte. Dennoch: Nachdem der vorangegangene Amerikagipfel im Jahr 2005 zu einer Verschärfung des Konfliktes zwischen den USA und Lateinamerika ge-

führt und die *MERCOSUR*-Länder und andere die Einrichtung der *ALCA* verhindert hatten, scheinen nun erste positive Signale für eine bessere Kooperation zu verzeichnen zu sein.

Allerdings deutet wenig darauf hin, dass unter der neuen US-Administration – mit zwei Kriegen und einer Wirtschaftskrise im Nacken – Lateinamerika als Kontinent in der außenpolitischen Agenda der USA wieder weit nach oben klettern würde. Wahrscheinlicher ist, dass sie ihre begrenzte Aufmerksamkeit auf zwei Länder konzentrieren werden: Mexiko, um innenpolitische Problemlagen – (illegale) Migration, Drogenhandel und eine u. a. daraus resultierende erhebliche Zunahme von Gewalt an den US-amerikanisch-mexikanischen Grenzen – zu bearbeiten und Brasilien, um Chávez in Schach zu halten, den Handel wieder zu beleben, Krisen in der Region zu moderieren und das einzige Projekt voranzubringen, das für die US-Regierung in der Region von strategischer Bedeutung ist: Die Energiepartnerschaft mit Lateinamerika.

Der Alltag nimmt Gestalt an

Während die USA in den vergangenen Jahren ihre bilateralen Beziehungen zu anderen Schwellenländern wie Indien, der Türkei oder Indonesien umfassend ausgebaut haben, blieben die Beziehungen zu Brasilien punktuell. Dabei wird die Sinnhaftigkeit engerer Beziehungen zwischen den USA und Brasilien wohl von niemandem bestritten – von Fragen der internationalen Handelsordnung über Umwelt- und Klimaschutz, Krisenprävention und Friedensförderung in Lateinamerika, Non-Proliferation und VN-Politik teilen und teilen die beiden wichtige gemeinsame Interessen. Südamerikas mittlerweile geringes strategisches Gewicht in der US-amerikanischen Außenpolitik, aber auch das Bestreben des Subkontinents – nicht zuletzt unter brasilianischer Führung – seine Autonomie auch stets über eine größere Unabhängigkeit von den USA zu definieren, sind dafür verantwortlich, dass beide Seiten in den vergangenen Jahren nicht viel daran gesetzt haben, die Beziehungen deutlich zu vertiefen.

An drei Themen jedoch – Handelspolitik, Energiefragen und politische Kooperation in Südamerika – werden sich jenseits der diplo-

matischen Höflichkeiten die Substanz und Funktionsfähigkeit der US-amerikanisch-brasilianischen Beziehungen messen lassen. Gegenseitiges Interesse gibt es, große Hindernisse jedoch auch.

Die Handelspolitik ist schon seit Jahren primäre Ursache zahlreicher Konflikte zwischen den USA und Brasilien. Zwar stieg das Handelsvolumen in nur einem Jahr (2006-2007) um 10% auf 50,3 Mrd. USD und in 2008 nochmals auf 53 Mrd. USD (mit einem positiven Saldo für Brasilien von 1,8 Mrd. USD), doch gemessen an den beiden Volkswirtschaften dieser Größe und der geografischen Nähe ist dies relativ wenig: Brasilien ist für die USA nur der 13. größte Exportmarkt weltweit, und mit Blick auf die Importe belegt Brasilien gerade mal Platz 16. Während sich für Brasilien jedoch die wirtschaftlichen Beziehungen vor allem mit den großen Schwellenländern zu weiten Teilen auf den Export von Primärgütern beschränken, ist der Handel mit den USA tatsächlich hoch diversifiziert, und die Vereinigten Staaten bleiben nach wie vor der wichtigste Absatzmarkt Brasiliens für Fertiggüter. Zugleich hat sich der rasch wachsende brasilianische Binnenmarkt in den letzten Jahren zu einem der interessantesten Konsumentenmärkte der Welt entwickelt, an dem auch US-Firmen teilhaben möchten. Im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern ist Brasilien jedoch nicht in ein US-geführtes System von Handelspräferenzen vergleichbar mit dem des *NAFTA* (*North American Free Trade Agreement*, Nordamerikanisches Freihandelsabkommen) oder des *ATPA* (*Andean Preference Pact*, Akt zur Gewährung von Handelspräferenzen zwischen den USA und Bolivien, Peru, Kolumbien und Ecuador) eingebunden.

Zahlreiche bilaterale Handelskonflikte sowie grundsätzliche Auseinandersetzungen über die regionale und globale Handelspolitik behindern den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen. Die Zolldispute zwischen den beiden innerhalb der WTO sind fast schon legendär. Die Positionen haben sich dabei in den vergangenen Jahren kaum verändert. Brasiliens Handelspolitik konzentriert sich in erster Linie auf Fragen des Marktzugangs; bei allen wichtigen für die USA vorgesehenen Exportgütern Brasiliens gibt es aber – um die US-Produktion zu

schützen – erhebliche Hindernisse: hohe Zölle auf Zucker, Tabak, Ethanol und Orangensaft, Subventionen für Ethanol, Soja und Baumwolle sowie Antidumping-Bestimmungen für Stahl und Orangensaft. Im Gegenzug leiden die Vereinigten Staaten unter relativ hohen Zöllen für Industriegüter und unter dem gemeinsamen Programm für Außenzölle des *MERCOSURS* und werfen Brasilien vor, bei den für die US-Wirtschaft besonders sensiblen Themen wie dem Handel mit Dienstleistungen, Investitionen, Eigentumsrechten und staatlichen Ausschreibungen die Verhandlungen zu blockieren. Wenig deutet jedoch daraufhin, dass die bilateralen Handelsbeziehungen und die wirtschaftspolitische Kooperation in multilateralen Foren auf absehbare Zeit an Substanz gewinnen werden, da mit Blick auf die Wirtschaftskrise und einen demokratischen Präsidenten die Chancen für eine Entspannung in der Handelspolitik heute eher gesunken denn gestiegen sind.

Die Handelskonflikte ragen auch in das Themenfeld hinein, das für die USA mit Blick auf Lateinamerika Priorität hat: die Energiepartnerschaft. Obama möchte, so ein Wahlversprechen, bis zum Ende seiner Amtszeit die Abhängigkeit der USA von Öl generell um mindestens 30% reduzieren und insbesondere von den Quellen des Mittleren Ostens. Südamerika und insbesondere Brasilien haben für beides Alternativen. Brasilien ist der größte Exporteur von Ethanol, die USA sind der größte Produzent und beide Länder kommen zusammen auf 70% der weltweiten Produktion. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Brasilien und die USA 2007 ein *Memorandum of Understanding* unterzeichnet haben, das die Verbreiterung der Ethanolgewinnung in der Region, die Beförderung eines Technologieaustausches, die Erhöhung der Entwicklungs- und Forschungskapazitäten sowie schließlich die Etablierung globaler Standards für einen internationalen Ethanolmarkt vorsieht. Das schwierigste Problem wurde jedoch ausgespart: Jeder Liter brasilianischen Ethanols wird bei der Einfuhr in die USA mit einem Zoll von 0,15 USD belegt. Zugleich wird die heimische, US-amerikanische Produktion von Agrartreibstoffen mit etwa 5,1-6,8 Mrd. USD pro Jahr subventioniert. Ohne eine Auflockerung dieses Zollregimes ist jede weitere substanzielle bilaterale

Zusammenarbeit auf diesem Gebiet zum Scheitern verurteilt. Zugleich dürfte es Obama schwerfallen, seine Reduktionsziele ohne brasilianisches Ethanol zu erreichen. Aber auch an dieser Front darf nicht viel Bewegung erwartet werden: Obama hat sich bereits mehrfach klar und deutlich gegen eine Reduzierung oder gar Abschaffung der Zölle ausgesprochen, um die einheimischen Maisproduzenten zu schützen, auch wenn es z. B. mit den Rinderzüchtern in den USA auch starke Lobbygruppen gibt, die eine solche Reduzierung bzw. Abschaffung fordern, um niedrigere Maispreise und damit geringere Kosten für die Fütterung zu erzielen.

Auch die vermutete Öl-Bonanza vor den Küsten Rios und São Paulos könnten den USA neue Perspektiven eröffnen. Die USA verfügen selbst über weniger als 3%, verbrauchen aber fast 25% der weltweiten Ölreserven. Lateinamerika hingegen verfügt über 10% der weltweiten Ölreserven und deckt etwa 30% des US-Ölimports. Brasilien könnte, so die Schätzungen, mit der Erschließung der neu entdeckten Erdölfelder seine Vorräte von heute 12 auf dann 70 Mrd. Barrel steigern und zu einem international bedeutenden Erdöllieferanten werden. Das hieße für die USA, dass es Öl aus einem Land beziehen könnte, das geografisch nahe liegt, wo die Transportrouten sicher sind, dessen politisches System stabil ist und mit dem es – im Unterschied zu Venezuela, von dem es 11% seines Erdöls bezieht – nicht im ideologischen Dauerclinch liegt. Wenn die USA denn zum Zuge kommen sollten... Denn allzu viel Zeit sollte sich Washington damit nicht lassen, denn der Run auf das noch zu erschließende brasilianische Öl ist schon – auch wenn das technische Know How zur Förderung und die Finanzierung der dazu notwendigen Investitionen noch gar nicht bereit stehen – in vollem Gange: Im Februar diesen Jahres hat Brasilien einen langfristigen Liefervertrag mit China abgeschlossen; das brasilianische Energieunternehmen *Petrobras* wird China mit ungefähr 160.000 Barrel pro Tag versorgen, und dafür bekommt es im Gegenzug Kredite bis zu 10 Mrd. USD, um die Förderung sicher zu stellen.

Auch mit Blick auf eine regionale Initiative der USA dürfte an Brasilien kein Weg vorbeiführen. Bisher gibt es wenig Greifbares,

doch soll die regionale Energiepartnerschaft weit mehr Kraft und Substanz haben als ein lockeres *Memorandum of Understanding*, sie soll zu US Recht werden und einen Regionalvertrag beinhalten, der auf solider Finanzierung fußt. Dabei soll neben dem Anspruch, amerikanische Energiepolitik unabhängiger zu machen, auch der Wunsch nach regionalen Lösungen zur Bekämpfung der Klimakatastrophe zum Tragen kommen. Allerdings hat die brasilianische Regierung unter dem Dach der UNASUL, innerhalb der Initiative für Infrastrukturintegration in Südamerika (*IIRSA*) und dem Südamerika-Energiering bereits damit begonnen, ihre eigenen Initiativen und Energieinfrastrukturprojekte auf den Weg zu bringen. Weiter scheint es, als sei Brasília, was die alternativen Energien angeht, eher an einer globalen als an einer regionalen Lösung interessiert, um auch die europäischen und asiatischen Märkte zu integrieren. Und schließlich würde Brasilien keiner interamerikanischen Energieallianz zustimmen, die Venezuela und Kuba ausschließen sollte. Auch hier sind damit die Voraussetzungen für eine vertiefte Kooperation alles andere als günstig.

Aussichten für die Beziehung

Die Voraussetzungen für eine politische Kooperation sehen hingegen schon rosiger aus. Brasilien hat in den vergangenen Jahren beides versucht: Südamerika auf einen unabhängigeren Pfad zu führen und engere Bande mit anderen Schwellenländern zu knüpfen, ohne sich dabei jedoch in einen antiamerikanischen Caracas-Block einzugliedern und sich von den USA zu entfremden. Dies dürfte auch das Programm der Lula-Regierung für die restlichen eineinhalb Jahre bleiben: Auf der regionalen Spielwiese will Brasilien weiter möglichst ungestört Spielführer bleiben, gleichzeitig will es sich als strategischer Partner für die USA empfehlen, nicht zuletzt mit Blick auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat. Die weitere Lockerung des Embargos gegen Kuba, Abrüstung beim „war on drugs“ und die Akzeptanz der politischen Pluralität Lateinamerikas könnten dabei die Arbeit Brasiliens erleichtern. Die neue US-Administration wiederum könnte auch deshalb an besseren Beziehungen zu Lateinamerika interessiert sein, da hier im Unterschied zu den diversen anderen Fronten im Irak, in Afghanis-

tan und Pakistan mit einer veränderten Tonlage, Diplomatie und interessanten Angeboten jenseits von Terrorismus und Proliferation recht schnell ein neues Klima der Kooperation geschaffen werden könnte. Um in Lateinamerika wieder Fuß zu fassen, brauchen die USA Brasilien, das trotz kleinerer Konflikte zu allen seinen Nachbarn gute Beziehungen aufgebaut hat, das in den vergangenen Jahren bewiesen hat, dass es in der Lage ist, Initiativen, wie z.B. den südamerikanischen Verteidigungsrat, durchzusetzen, aber auch Konflikte wie in Bolivien oder zwischen Kolumbien und Ekuador zu moderieren. Schließlich stellt ein starkes Brasilien aus Sicht der USA auch einen Gegenpol zum boliviarischen Projekt von Chávez dar.

Nachdem der Amerikagipfel von Mar del Plata im Jahr 2005 einen Tiefpunkt im beiderseitigen Verhältnis markierte, verbesserte sich das Klima in den vergangenen Jahren zusehends und erfährt nun unter Obama ohne Zweifel eine Renaissance. Die frühe Einladung Lulas ins Weiße Haus und die Erarbeitung gemeinsamer Positionen im Vorfeld des G20-Treffens, war nicht nur ein Zeichen von Wertschätzung des erfolgverwöhnten und beliebten brasilianischen Staatschefs, sondern ist auch der Einsicht geschuldet, dass die beiden aufeinander angewiesen sind, um zentrale Prozesse auf internationalem Parkett durchsetzen zu können. Brasilien bemühte sich im Vorfeld des diesjährigen Amerikagipfels, Obama in der Region ein angenehmes diplomatisches Parkett zu bereiten. Brasiliens Süd-Süd-Engagement eröffnet für die USA außerdem eine Möglichkeit, in einen politischen Dialog mit für die USA schwierigen Partnern treten zu können. Dies gilt jüngst für den Iran, mit dem Brasilien gute Wirtschaftsbeziehungen unterhält: Nachdem Obama mit seiner Video-Botschaft zum iranischen Neujahrsfest bereits den Wunsch nach einem Neuanfang der iranisch-US-amerikanischen Beziehungen geäußert hatte, bat er nun Lula, seine guten Beziehungen mit dem Iran für eine gemeinsame Lösung im Konflikt über das iranische Atomprogramm einzubringen.

In der heutigen politischen Situation werden sich die brasilianisch-US-amerikanischen Beziehungen nur dann entwickeln, wenn sich generell das Verhältnis der USA zu Lateinamerika verbessert. Umgekehrt sind gute Be-

ziehungen zwischen den beiden wichtigsten Ländern des Kontinents hierfür eine Voraussetzung. Lulas und Obamas freundliches gegenseitiges Werben ist bereits eine gute Grundlage. Eine starke Skepsis gegenüber der Rolle der USA wird in Lateinamerika weiter bestehen bleiben. Das Ende des Freund-Feind-Denkens in der Vermessung des Subkontinents, die Entwicklung von diplomatischen Initiativen für alle Länder ohne ideologische Scheuklappen und die Konzentration auf einige wenige Sachthemen könnten zumindest für eine Vernunftdehe weiter den Boden bereiten.



Friedrich-Ebert-Stiftung
Avenida Paulista 2001
São Paulo CEP 01311-931
Brasilien
Tel.: 0055-11-32539090
Fax: 0055-11-32533131
www.fes.org.br